

Die Botschaft des Senats an den
Bau-Sumpf:

**„Wer euch stört, den
machen wir fertig!“**



Das soll einer verstehen: Obwohl Baukredite fast zinslos zu haben sind und selbst günstiger Wohnraum Gewinne abwirft (:Saga-Gewinn 2015- 146 Millionen Euro), versteckt sich der Scholz-Senat hinter der selbstverordneten Schuldenbremse und tut alles, um private Großanleger an die Futterkrippe zu bringen. Die innenstadtnahen Grünflächen und Kleingartenanlagen, gestern noch im Besitz der Stadt, wechseln dabei unwiederbringlich in die Hände von Investoren und reichen Anlegern. Kritiker dieser Privatisierungs- und Grünfrass-Politik warteten auf den Einspruch der mitregierenden Grünen. Vergeblich! Sobald sich irgendwo Widerstand bemerkbar macht, geben SPD-und GAL-Entscheider den Investoren zügig grünes Licht und Bürgerinitiativen wird umgehend der Hahn abgedreht.

Zuletzt passierte es der Eimsbüttler Initiative „Stoppt den Grünfrass in unserer Stadt“. Gärtner, Anwohner und Grünfreunde hatten innerhalb einer Woche weit über 1000 Unterschriften gegen die geplante Bebauung

von Teilen des Eimsbüttler Stadtparks gesammelt, als der Einspruch des Senats sie erreichte. Die stereotype Begründung: Das Umfraageziel überschreite den Rahmen dessen, was von einer Bezirksversammlung entschieden werden kann. Und mehr sei nach Hamburger Verwaltungsrecht für Bürger-entscheide nicht drin. Basta! Wir haben die alleinige Definitivonsmacht für das, was Hamburg nützt, und wer uns in die Quere kommt, dem sagen wir, dass er nur Eigennutz im Sinn hat.

In diesem Fall durfte der Großinvestor Quantum selbst per amtliche Pressekonferenz diese Botschaft verkünden, die da hieß: 35 Schreiber / Egoisten stellen den Bau von 200 dringend benötigten Wohnungen in Frage.

Die wichtigste Botschaft des Senats aber war für den Immobilien- und Bausumpf selbst bestimmt und lautet: Ihr könnt weitermachen wie bisher, wir werden euer Treiben nicht einschränken, und wer euch stört, den machen wir fertig!

Universität: Stadtplanung nicht den Investoren überlassen!

Prof. Jörg Knieling, Leiter für Stadtplanung und Regionalentwicklung der HafenCity Universität, zum Plan, **15 Jahre lang je 10 000 Wohnungen innerhalb der Stadtgrenzen zu bauen.**

„Das kann man nur als Himmelfahrtskommando bezeichnen.“

Das wird spätestens in einigen Jahren zu massiven Konflikten um die Lebensqualität in der Stadt führen.“

Wo sind Bemühungen um eine regionale Wohnungspolitik? fragt Knieling und fordert die Einbindung der Region in die Planung von Wohnungsbau- und Verkehr. Der Senat leistet sich ein unkoordiniertes Nebeneinander und Hamburgs Politik gegenüber den Nachbarn sei von Egoismus und Borniertheit geprägt. Die Region benötige stattdessen „eine abgestimmte und verbindliche Siedlungs- und Mobilitäts-politik. Es gilt, den Flächenverbrauch zu redu-zieren und innovative Wohn- und Siedlungs-modelle zu entwickeln, um verdichtetes Wohnen attraktiv zu machen.“ Zudem muß der Autoverkehr eingeschränkt werden, was bedeutet, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Auch sei unser Grundwasser durch Gülle und Pestizide gefährdet. Massentierhaltung sollte in der Metropolregion nicht mehr erlaubt sein.

Enge Einbindung der Wirtschaft??

Professor Knieling ist dagegen. „Wenn man deren Positionen der vergangenen Jahre analysiert, höre man immer nur Autobahn. „Innovative Ansätze einer nachhaltigen Mobilitäts-politik sind nicht zu finden. Man hat sich quasi den Bremser ins Boot geholt und ihm einen der Plätze am Steuer eingeräumt. Das kann nicht gut gehen.“



Hamburgs Umwelt- und Urlaubssenator Kerstan

Der grüne Frühstücksdirektor

Derzeit läuft ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland, denn in 29 Ballungsgebieten, darunter Hamburg, werden die Grenzwerte für Stickoxide seit Jahren überschritten. Hauptquellen der giftigen Oxide die zu chronischem Husten, Bronchitis, Asthma und Lungenkrebs führen, sind der Verkehr mit Dieselfahrzeugen und Schiffsabgase. Eine große bundesweite Verkehrsstudie zeigt

Hamburg auf dem 16. und letzten Platz

Indikatoren der Studie sind Lärm, Klimaschutz, Luftverschmutzung, Verkehrssicherheit und Flächenverbrauch. In keinem der Bereiche landete Hamburg auch nur auf einem mittleren Platz. Viel zu tun also für einen Umweltsenator. Nicht aber für Kerstan. Im Rathaus rollen sie angeblich mit den Augen, wenn der Name fällt. Immer kurz vor dem Urlaub haue der grüne Umweltsenator irgendwas raus in die Presse, und dann verdufte er in den Süden. Das war so bei seinem Veto gegen das „Bündnis für das Wohnen“, wo ihn die SPD schnell mit dem „Öko-Cent“ ruhigstellen konnte, und war so mit Kerstans Androhung von Dieselfahrverboten, das er an Mallorcas Stränden ganz aus den Augen verlor.

Aber was soll der arme Kerstan auch machen! „Fahrverbote wird es mit mir in keinem Fall geben“, so Bürgermeister Olaf Scholz. Und eins weiß Kerstan genau: Wer politischen Ärger mit dem Chef meidet, lebt besser. Und auf Mallorca auch länger, - mangels Stickoxiden.



Eimsbüttel in Bewegung

„Retterfete“ für Hagenbeck-Häuser

„Die Geschichte könnte in Palermo spielen“, hieß es im Aufruf zur „Retter-Fete“ für die Hagenbeckhäuser. „Eine Genossenschaft läßt ihre Häuser verrotten, der geplante Neubau an dieser Stelle entfällt, denn ein großer Immobilienhai möchte die Genossenschaft an anderer Stelle als soziales Alibi mit ins Boot nehmen. Dort ist eigentlich Stadtpark und Gartenland, aber der Deal ist im Kreis mit einflussreichen Politikern schon beschlossene Sache. Auch ein ansonsten wertloses Ausweichgrundstück steht bereit. Ein kompetenzfreies Bezirksparlament nickt den Plan ab und die Betroffenen dürfen auf der obligatorischen „Bürgerversammlung“ Dampf ablassen. In diesem Fall genügte das nicht. Ein Bürgerbegehren, das in wenigen Tagen bereits mehr als 1000 Unterschriften vorlegte, wird vom Senat innerhalb einer Woche ausgebremst. Das unterscheidet Hamburg von Sizilien: Der Senat greift ein, nicht die Mafia.“



„Wir fordern die Zwischennutzung der vielen leerstehenden Wohnungen. Die Wohnungsnot ist groß. Die Stadt ist voll mit wohnungssuchenden Jugendlichen, Studenten, mit Flüchtlingsfamilien und Obdachlosen.“ So Manuela Pagels von der Mieterinitiative der benachbarten Lenzsiedlung, in der pünktlich zur Retterfete mehr als 800 Wohnungen aus der Sozialbindung fielen.



Trotz Regen und Kälte

Mieter der Hagenbeckhäuser, Aktive aus der Lenzsiedlung und von der Mühlenkoppel, die neugegründeten „Hamburger Schreberrebeln“, die Veranstalter von „Grünfrass-Stoppen!“ und der Eimsbüttler Linken ließen sich durch das spätherbstliche Wetter nicht aufhalten, wärmten sich am Glühwein und bei Kaffee und Kuchen und ließen sich die Grillwürste der Gärtner schmecken. Nur die Zuständigen aus Bezirk und Senat fehlten. Aber die hatten auch vorher auf Mieterappelle und Leerstandsmeldungen nicht reagiert.



Die Bank steht zum Verkauf und muß nach dem Willen der EU bis spätestens Februar 2018 einen neuen Eigentümer finden. Andernfalls wird sie abgewickelt.

Eine Rechnung, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat

Die Stunde der Wahrheit rückt näher. Wie viele Milliarden es die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein kostet, ist noch nicht restlos klar. Schätzungen nähern sich den 30-Milliarden, entsprechend eineinhalb Jahreshaushalten der Stadt. Wie konnte das passieren?



In den Jahren der großen Spekulation, die der Weltwirtschaftskrise 2008 vorausgingen, forderten die Spekulanten in der Bürgerschaft von den Spekulanten in der HSH-Nordbank, zu zocken, was das Zeug hält. Die Banker standen aber bereits unter Druck. Zig Milliarden der vergebenen Kredite waren in Schiffe investiert, die niemand mehr brauchte. Fracht- und Charrterraten stürzten in der Weltwirtschaftskrise ins Bodenlose. Mit ihnen auch die Hoffnungen der Bürgerschaftsparteien und des Senats auf schnelle Milliarden.

„Too big to fail“: Senat erläßt Multimillionär 547 Millionen Euro.

Schiffs- und Immobilienfinanzierungen machten ihn reich. Als Mäzen hatte er einen Namen in

der Stadt. Er förderte die Seemannsmission, einen kostenlosen Mittagstisch für benachteiligte Kinder und ein Kinderhospiz. Der Reeder und Geschäftsmann Kortüm gründete allein mehr als hundert geschlossene Schiffsfonds, deren oft kleine Anleger in der Schiffahrtskrise alles verloren. Und das war nicht alles. Sie werden ihre Ausschüttungen aus den letzten 15 Jahren wieder hergeben müssen. Was nun Kortüm betrifft wurde kurz nach dem Schuldenerlass bekannt, dass der sich für viele Millionen Euro eine neue Luxusjacht zugelegt hatte. Seine Begründung: „Die Yacht war ein Schnäppchen“. Die Begründung des Senats: Nur so konnten weitere Milliardenverluste verhindert werden.

Senatshoffnung: Schuldenerlass

Nach mehreren vergeblichen Sanierungsanläufen stapeln sich die Schulden und Bürgschaften Hamburgs bis unter die Rathausdecke. Angeblich gibt es nun Kaufinteressenten. Die angebotenen Kaufpreise dürften aber das finanzielle Fiasko für beide Bundesländer kaum mindern. Darum wird bereits über Hilfe aus Berlin und Brüssel nachgedacht. In jedem Fall gibt es eine Rechnung, wie sie das reiche Hamburg noch nicht gesehen hat!

CDU, Grüne, SPD und FDP haben diese Katastrophen-Politik einvernehmlich mitgetragen. Eine Anzeige wegen Veruntreuung von Volkvermögen wäre angebracht aber aussichtslos: Krisen im Kapitalismus gehören zum System und gelten als „höhere Gewalt“.

Als Steuerzahler und „Schuldner der letzten Instanz“ schlagen wir vor: Verkauft die Elbphilharmonie! Das reicht vielleicht, um wenigstens die Schuldzinsen für die nächsten fünf Jahre zu bedienen!

„Wir waren damals alle mehr oder minder besoffen von der Idee, daß die HSH-Nordbank als Global Player immer satte Gewinne einführt.“

(Heide Simonis, 1993 bis 2005 Ministerpräsidentin S-H)

Asklepios Hamburg

Der Krankenhauskonzern Asklepios beschäftigte kürzlich die Hamburger Medien. Ein ganzes Ärzte-Team hatte gekündigt. Die Mediziner wollten nicht länger verantworten, was Personal und Patienten dort zugemutet wird.

Welche Rolle spielt Hamburg bei Asklepios?

Vor nun gut 10 Jahren verkaufte der Beust-Senat mit dem „Landesbetrieb Krankenhäuser“ (HBK) alle städtischen Kliniken - bis auf Eilbek – an den Asklepios-Konzern. Das ist gut in Erinnerung, weil es unter Mißachtung eines Volksentscheids stattfand und von massivem Korruptionsverdacht begleitet war.

Stadt garantierte Asklepios 30 Prozent.

Da bezahlte Asklepios 75 Millionen Euro des vereinbarten Kaufpreises von 315 Millionen Euro nicht. Kuriose Begründung: Der „erwartete Gewinn von 408 Millionen Euro wurde in den ersten 5 Jahren nach Übernahme nicht erreicht“. Fast 30 % Rendite vertraglich garantiert. Zusätzlich hatte sich die Stadt teuer verpflichtet, hunderte nicht übernahmewillige HBKler im Öffentlichen Dienst unterzubringen. Und – wie später herauskam – hatte man ein besseres Angebot des Konkurrenten Helios „schlecht gerechnet“.

Den Vertrag unterschrieb der damalige Finanzsenator Peiner (CDU). Derselbe Peiner, der das Fiasko der HSH-Nordbank maßgeblich zu verantworten hat. Jetzt stellt sich heraus: An diesem Vertrag ist noch weit mehr faul.

Städtische Aufsichtsräte nur Marionetten.

Obwohl Hamburg mit 25,1 % an Asklepios beteiligt ist, müssen die städtischen Aufsichtsratsmitglieder das Gremium verlassen, sollten sie einen von Asklepios vorgeschlagenen Geschäftsführer nicht gutheißen. „Die kalte Entmachtung und Unterwerfung Hamburgs unter die Vorstellungen von Asklepios zeigt sich auch darin, dass über den Wirtschaftsplan und Ge-

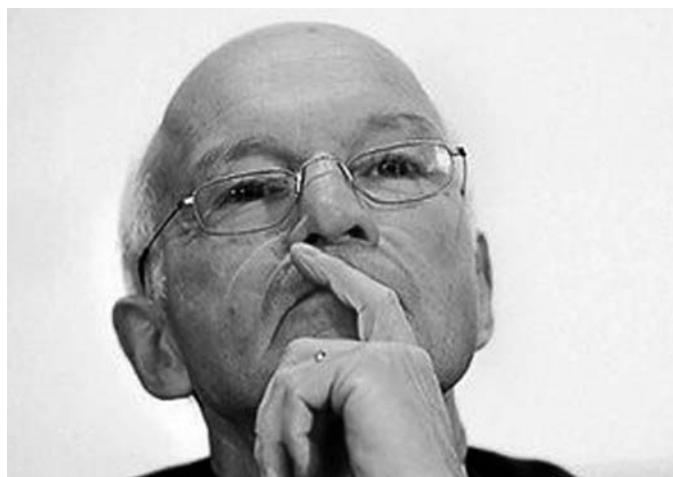
winnziele mit einfacher Mehrheit entschieden wird. Auch da zählen die Hamburger Stimmen nicht.“ (Der Spiegel)

Wie ist das möglich? Schon kurz nach Vertragsabschluss wurde in der Bürgerschaft die „persönliche Verbundenheit“ von Finanzsenator Peiner und Asklepios-Chef Broermann thematisiert. Zu beweisen war nur: Peiner und Broermann hatten im Rücken der Verhandelnden zahlreiche persönliche Telefonate geführt.

Linke plant Volksinitiative zum Rückkauf

Kritiker machen darauf aufmerksam, es gäbe keinen Hebel, um Asklepios-Eigner Broermann zum Verkauf zu zwingen. Aber „die Linke hat da eine fiese Idee“, schreibt das Abendblatt, „Asklepios mache vor allem dadurch Gewinne, dass der Konzern massiv an Personal spare. Im Hamburger Krankenhausgesetz könne man einen Mindestpersonalschlüssel festschreiben. Das wäre womöglich ein echtes Folterinstrument.“

Wir versaufen unser Oma ihr klein Häuschen



Er fädelte den Deal ein. Ex Finanzsenator Wolfgang Peiner

Peiner verscherbelte nicht nur die Hamburger Krankenhäuser. Die städtischen Immobilien, die er verkaufen ließ, wären heute ein Vielfaches wert.

„Die LBK-Privatisierung war der größte Schaden, den dieser Finanzsenator unserer Stadt angetan hat“ (Wolfgang Rose, Ex-Verdi-Chef)

Sozial gerechter besteuern!

Bei Banken, Spekulanten, Konzernen und Superreichen ließen sich pro Jahr bis zu 175 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen, wenn diese nur maßvoll besteuert würden. Am Beispiel:

Millionärssteuer einführen!

Wer die Staatsschuldenspirale durchbrechen will, muß bei den massiv gestiegenen hohen Vermögen ansetzen. Privatvermögen von mehr als einer Million Euro wird mit 5 % besteuert. Ergibt 80 Milliarden zusätzlich.

Konzerne stärker besteuern!

Zahlreiche Steuersenkungen der letzten 10 Jahre für Unternehmen werden zurückgenommen, beispielsweise die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen. Darüber hinaus wird der Körperschaftsteuersatz wieder auf das Niveau von 2008, also auf 25 % angehoben. 35 Milliarden Euro könnten so eingetrieben werden.

Steuerflucht bekämpfen!

Schätzungen gehen davon aus, daß dem Fiskus pro Jahr bis zu 50 Milliarden Euro verloren gehen. Mehr Personal bei der Steuerfahndung, verschärfte Meldepflichten erbringen mindestens 25 Milliarden im Jahr.

Erbschafts-und Schenkungssteuer reformieren!

Wer über 4 Millionen Euro erbt, muß mindestens 2,2 Millionen Euro steuern zahlen. Damit durchschnittliches Wohneigentum nicht von der Steuer betroffen ist, gilt für alle Erben ein Freibetrag von 150 000 Euro. Mehreinnahmen 7 Milliarden Euro.

Finanztransaktionssteuer durchsetzen!

Allein im Wertpapierhandel wurden 2010 an der Frankfurter Börse 1,32 Billionen Euro umgesetzt, ohne dass hierfür Steuern fällig wurden. 0,05 % Steuern brächten 27 Milliarden Euro.

Spitzensteuersatz anheben!

Wer weniger als 6000 Euro pro Monat versteuern muß, wird entlastet. Wer mehr zu versteuern hat, wird belastet. Dazu wird der Spitzensteuersatz auf 53 % angehoben. Wer 500 000 Euro im Jahr verdient, müßte etwa 40 000 Euro zusätzlich zahlen. Bei einem Jahres-Bruttolohn von 28 000 Euro bleiben rund 1000 Euro netto mehr im Jahr. Die Reform der Einkommenssteuer führt nicht zu zusätzlichen Steuereinnahmen, aber zu mehr Steuergerechtigkeit.



Zurück ins Boot!

Kein anderes politisches Projekt betreibt die Bundesregierung zur Zeit mit derartigem Druck wie die Abschottung Deutschlands und Europas vor Flüchtlingen und Migranten. Es hat schon etwas Wahnhaftes, wie sich Innenminister Thomas de Maizière, Justizminister Heiko Maas und Co. beinahe täglich mit neuen Vorschlägen übertrumpfen: Verschärfung der Abschiebep Praxis, Erhöhung des Drucks auf kooperationsunwillige Herkunftsländer, Aufrüstung der Grenzen.

«Es ist so, als wenn wir auf einer Ölquelle sitzen. Sie ist angebohrt, sie ist riesig groß und sie wird sprudeln.»

(Carsten Maschmeyer, Versicherungsmillionär und Schröderfreund zur Riester-Rente. Netzeitung vom 8. 6. 2005)

Chronik einer Demontage

Wie CDU, CSU, SPD und Grüne die gesetzliche Rente geschwächt haben

2001 und 2002: SPD und Grüne beschließen das Altersvermögensergänzungsgesetz und das Altersvermögensgesetz. Darin schreiben sie eine neue Rentenformel fest, mit der das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 um 20 % sinken soll. Rentnerinnen und Rentner erhalten für diese Kürzungen keinen Ausgleich.



Immer mehr Rentner müssen sich etwas dazuverdienen

2004: SPD und Grüne verabschieden das Nachhaltigkeitsgesetz. Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel sollen Verschiebungen zwischen der Zahl der Rentner und der Beitragszahler ausgeglichen werden. Im Ergebnis

sinkt das Rentenniveau auch über das Jahr 2030 hinaus. Ein Ausgleich für diese Rentenkürzungen ist erneut nicht geplant. Zudem führen SPD und Grüne die Riesterrente ein, eine private Altersvorsorge, die hoch subventioniert wird.

2005: CDU/CSU und SPD stimmen für das Alterseinkünftegesetz. Ab dem Jahr 2040 sollen Renten vollständig besteuert werden. Auf Renten, die zuvor gekürzt wurden, müssen dann höhere Steuern gezahlt werden.

2007: CDU/CSU und SPD beschließen das Altersgrenzenanpassungsgesetz. Das Renten-eintrittsalter soll in den Jahren 2012 bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben werden. Für die Mehrheit stellt das eine weitere Rentenkürzung dar.

Zitiert

„Wir werden als Koalition an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair.“
(Franz Müntefering (SPD) 29.8.2006)

SPD blinkt mal wieder links und vergisst abzubiegen

Für immer mehr Menschen wächst sich Altersarmut zur größten Bedrohung aus. Pünktlich zur Wahl läutet nun Arbeitsministerin Nahles (SPD) die Alarmglocke. Aber in ihrem Alterssicherungsbericht empfiehlt sie als Konsequenz vorwiegend nur das, was seit einem Jahrzehnt offizielle Politik ist: Den Leistungsverfall der gesetzlichen Rente soll private Vorsorge ausgleichen. **Ein Riester 2.** Aber Riester hat sich als teurer Flopp erwiesen. Hohe Gebühren haben die staatlichen Zuschüsse gefressen und Banken und Versicherungen gemästet. Bei den **Betriebsrenten** gehen die meisten Arbeitnehmer leer aus. Jetzt erschweren auch noch niedrige Zinsen jegliche Sparbemühungen

Die SPD beschließt derzeit in vielen Gremien, die **Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung** abzuschaffen. Doch weder in der Koalition, noch in der Regierung passiert irgendetwas. Die SPD könnte die schon heute bestehende rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag nutzen und die Zusatzbeiträge abzuschaffen. Dreimal dürfen Sie raten, wie sich die SPD entschieden hat.

„Wenn man die Erklärungen von Politikern zu den Anschlägen in Berlin, Brüssel und Paris hört, fragt man sich, wieso zu den hunderttausenden zivilen Toten in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien nie mitfühlende Worte gefunden wurden.“

Kommt endlich zur Vernunft - Schluss mit den NATO-Kriegen!

Wie konnte man in Europa denken, man darf mit und ohne UNO-Mandat überall im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika Bomben abwerfen und einmarschieren, ohne das solch kriegsrisches Eingreifen auf Europa selbst zurückfällt? Wenn man die Erklärungen von Politikern zu den Anschlägen in Berlin, Brüssel und Paris hört, fragt man sich, wieso zu den hunderttausenden zivilen Toten in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien nie mitfühlende Worte gefunden wurden. Ein von jeder Vorkenntnis unbeleckter Beobachter müsste den Eindruck gewinnen, daß es in diesen Kriegen auf der einen Seite nur Wesen gibt, für die man keine Gefühle zu verschwenden braucht, und sich auf der andern Seite die des Mitgefühls Würdigen nur so häufen. Wann haben westliche Politiker ihre Anteilnahme am Leiden der vielen Opfer von willkürlichen Angriffen etwa auf Hochzeitsgesellschaften in Afghanistan zum Ausdruck gebracht? Auch bei zerbombten Krankenhäusern in Syrien ging keine Merkel, kein Gauck, kein de Maiziere vors Mikrophon, um zu erklären, ihre Gedanken seien bei den Toten, Verletzten und ihren Familien. Dafür wird von Muslimen erwartet, dass sie sich von den islamistischen Attentaten distanzieren. Wieso wird nicht erwartet, dass sich die Christen von den Kriegsverbrechen der NATO distanzieren?



**Export von
Munition hat sich
verzehnfacht**

**Mitgliederversammlungen
der DKP-Gruppe Eimsbüttel:**

Jeden 2. Und 4. Dienstag 19 Uhr
im Magda Thürey-Zentrum,
Lindenallee 72 U-Bahn Christuskirche